

Erste Seite
täglich mit Ausnahme Sonntags
und Feiertags.

Bezugspreis
vierteljährlich 3,50 Mk. frei ins
Haus gebracht; durch die Post
bezogen 3 Mk. 25 Pfg.

Wochenpreise 25 Pfg.
eingezeichnete Kosten
10 Pfg.

Kreis-Zeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Kreuzpreis
die vierseitige Garmond-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichten-Teil die
Zeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei späteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle
Luisenstraße 78, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 16195
Frankfurt a. M.

Der Kampf um Preußens Schicksal.

Die bevorstehende Preußenwahl hat den Kampf gegen den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs des Innern, Dr. Preuß, in dem die Zerlegung Preußens in mehrere kleinere Freistaaten vorgesehen ist, zu einem leidenschaftlichen gemacht. Dabei ergibt sich immer klarer, daß Dr. Preuß mit seinen Zerstückelungsabsichten allein bleibt. Die Reichsleitung erklärt seinen Entwurf für eine Privatarbeit, für welche sie die Verantwortung ablehnt. Das preußische Ministerium macht geschlossenen Front gegen den Verfassungsentwurf. Alle Parteien ohne Ausnahme bekämpfen ihn in den Wahlversammlungen und selbst die süddeutschen Staaten erheben lebhaften Einspruch. Unter diesen Umständen könnte man die Arbeit des Dr. Preuß als einen geistreichen aber mißglückten Versuch eines neuen Verfassungsaufbaues ruhig zu den Akten legen wenn er nicht zur Verlegung an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar und damit zur Grundlage der parlamentarischen Beratungen mangels eines anderen Entwurfes bestimmt wäre.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Dr. Preuß zu einem Zerstückelungsvorschlag durch die Absicht bestimmt worden ist, den Einheitscharakter des Reiches stärker als jeher durchzuführen. Ihm erschien der Gedanke unerträglich, daß in dem einheitlichen Reichstaat auch in aller Zukunft ein solcher bundesstaatlicher Block Preußen weiterhin bestehen sollte, der durch seinen Gebietsumfang und seine Bewohnerzahl ganz selbstverständlich die Hegemonie ausüben, die Reichsregierung dazu stark beeinflussen und alle übrigen Bundesstaaten herabdrücken müßte. Von dieser Vorstellung vollständig beherrscht, machte er den Versuch, mit Hilfe von Lineal und Zirkel das historisch gewordene Preußen in mehrere Bestandteile zu zerlegen. Als äußere Begründung fügte er die eine noch hinzu, daß dieses Preußen nur auf dynastischem Wege durch die Hohenzollern eine künstliche Einheit erlangt habe, die mit der Befestigung der Monarchie keinen Anspruch auf Weiterbestand mehr habe. Dr. Preuß hat dabei gänzlich außer acht gelassen, daß im Laufe der Jahrhunderte die verschiedenen Teile Preußens, die die Hohenzollern einverleibt hatten, politisch und wirtschaftlich zusammengewachsen sind und durch zahlreiche glückliche Kriege in ihrem Einheitswillen noch erheblich gestärkt worden sind. Er mißachtete vom Standpunkt der reinen Theorie aus alle jene Gefühlsmomente, die in der Politik eine so große Rolle spielen und wollte die Lösung lediglich vom Standpunkt des kühlen herzlosen Rechners aus durchführen. Das mußte selbstverständlich den heftigsten Widerspruch der Beteiligten hervorrufen.

Aber auch die übrigen Bundesstaaten protestieren laut gegen eine Zerstückelung Preußens. Sie erblicken in ihr nicht mit Unrecht den Beginn und die Begünstigung einer zentralen Reichsgewalt, die ihren eigenen Bestand und ihre bundesstaatlichen Rechte aufs äußerste bedrohen könnte. In der Zerstückelung des föderativen Charakters aber sehen sie den unaufhaltsamen Verfall des bundesstaatlichen Reiches. Aus diesen Erwägungen haben sie sich entschlossen, schärfsten Widerstand gegen die Zerstückelung Preußens geltend zu machen.

Aus dieser Sachlage darf das Schicksal des neuen Verfassungsentwurfes, soweit es Preußen betrifft, als besiegelt gelten. Wenn die Preußenwahl vorüber ist, wird sich auch die Aufregung über den unmöglichen Vorschlag wieder legen.

Unser Wiederaufbau.

Von Heinrich Ehlers,
Stadtreisender in Frankfurt a. M.

Wie die deutsche Nationalversammlung so wird auch die jetzt zu wählende Volksvertretung Preußens die bedeutungsvollen Entscheidungen zu treffen haben, vor die je deutsche Parlamente gestellt waren.

Auf den Grundgesetzen, die geschaffen werden, muß sich das gesamte Volksleben neu aufbauen, denn wohin man sieht, überall sind nur noch Trümmerhaufen vorhanden. Ohne jeden Einfluß unsererseits auf die Friedensverhandlungen in Paris wird über die Geschichte unseres 70-Millionen-Volkes entschieden werden. Im Innern noch völlige Unklarheit über die neuen Staatsbildungen, Abtrennungen und Zerstückelungsbestrebungen in Preußen, während die Zusammenfassung der mitteldeutschen Kleinstaaten eine selbstverständliche Sache sein müßte. Die moralischen Anschauungen aller Bevölkerungsschichten haben schweren Schaden erlitten, die Achtung vor den Gesetzen und den öffentlichen Gewalten ist erschüttert, eine bisher nie gekannte Arbeitslosigkeit droht durch den Zusammenbruch vieler Industrien infolge Rohstoffmangels und dem völligen Darunterliegen des Handels in's Unendliche zu steigern, und daneben laufen die in der Zeit unabweisbaren Forderungen nach vermehrter sozialer Fürsorge.

Eine solche Aufgabe zu meistern erscheint fast unmöglich und doch muß es gelingen, sollen wir nicht ganz verarmen und verelenden.

Die deutsche Nationalversammlung und die Landesparlamente werden deshalb Verfassungen und Grundgesetze geben müssen, die vor allem eine freie, kraftvolle Entfaltung unseres Wirtschaftslebens ermöglichen, wobei eine einseitige Belastung der erwerbstätigen Stände in

Handel, Industrie und Gewerbe und des selbständigen Mittelstandes auch in der Landwirtschaft vermieden werden muß. Andererseits wird weitgehendste Förderung günstiger Verkehrsverhältnisse bei den Eisenbahnen und der Binnenschifffahrt, bei letzterer durch Ausbau der Wasserstraßen, eine dringende Notwendigkeit sein. Nur wenn es gelingt, unser Wirtschaftsleben allmählich wieder aufzubauen und die alten Verbindungen und Beziehungen mit dem Auslande herzustellen, werden wir aus der furchtbaren Not dieser Tage herauskommen und in die Lage versetzt werden, die großen kulturellen und sozialen Pflichten, die auf uns ruhen, zu erfüllen. Bei den großen, starken Kräften, die dem deutsche Volk eigen sind, der arbeitssamen, vorwärtstrebenden Treue seiner Landwirte, der Intelligenz und Tüchtigkeit seines Arbeiter- und Angestelltenstandes und dem Unternehmungsgeist der Industriellen und Kaufleute, dürfen wir Vertrauen in die Zukunft haben, wenn es gelingt, die Kriegswirtschaft baldigst abzubauen und der wirtschaftlichen Betätigung wieder Luft und Bewegungsfreiheit zu sichern. Wenn heute starke Sozialisierungsbestrebungen sich geltend machen, so muß anerkannt werden, daß es sicher Betriebe gibt, die zur Vergesellschaftung geeignet und reif sind. Eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung eines Unternehmens ist aber nur dann angängig, wenn zweifelsfrei erwiesen ist, daß dadurch seine Produktivität gesteigert und seine Rentabilität verbessert wird; unsere Stärke wird auch künftig in einer gesunden Privatwirtschaft liegen, da sie allein befähigt sein wird, sich den Verhältnissen und Bedürfnissen des Weltmarktes anzupassen. Die mächtige Entwicklung, die Deutschland vor dem Kriege genommen hatte, verdankt es neben den Leistungen seiner gewerblichen und industriellen Arbeiter, dem Wagemut seiner Unternehmer und Kaufleute und seinen technischen und kaufmännischen Angestellten, die durch staatliche Organe nicht ersetzt werden können, denen stets ein gewisser Bürokratismus und ein Mangel an Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit anhaften muß, denen aber vor allem der gesunde Egoismus des Verdienens fehlt, der immer noch der stärkste Anreiz zur höchsten Arbeitsleistung und Kräfteentfaltung gewesen ist. Von dem Wiederaufblühen unseres Wirtschaftslebens wird die Steuerkraft unseres Volkes und mithin die Leistungsfähigkeit des Staates für kulturelle und soziale Fragen abhängig sein. Darum sind Landwirte, Arbeiter, Angestellte und Beamte im höchsten Maße an der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands interessiert, denn von dieser wird auch ihr eigenes Wiedererstarken und Gedeihen abhängig sein.

Die deutsche Nationalversammlung.

Nach einer vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten vorläufigen Zusammenstellung der Wahlergebnisse ausschließlich der Pfalz sind für die einzelnen Parteien folgende Stimmen abgegeben worden:

	Stimmen	in Prozenten	Wahlberechtigte
Sozialdemokraten	11 112 450	= 39,03	165
Unabhängige	2 186 305	= 7,68	22
Demokratische Partei	5 552 936	= 19,50	75
Zentrum	5 368 804	= 18,86	91
Nationalliberale	1 106 408	= 3,80	22
Konservative	2 739 196	= 9,62	38
Bayerischer Bauernbund	273 718	= 0,90	4
Bayerische Mittelpartei	11 955		
Schlesw.-Holst. Bauerndemokr.	58 482		1
Staatschw. Landesverband	56 675		1

Bei den Reichstagswahlen von 1912 waren abgegeben worden für die Sozialdemokraten 4 250 000 Stimmen oder 34,8 Prozent, die Fortschrittler 1 506 300 (12,3 Prozent), die Nationalliberalen 1 723 000 (13,6 Prozent), die konservative Partei 1 883 900 (17,1 Prozent), Zentrum und Welfen 2 086 700 Stimmen (17 Prozent).

Die Verfassungsfrage.

Berlin, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Heute beginnen in Berlin die Beratungen zwischen den Vertretern der Einzelstaaten über den Entwurf der Reichsverfassung. Die „Kölnische Zeitung“ findet es besonders bemerkenswert, daß die Münchener Minister unterwegs eine Vorbesprechung mit den Vertretern Württembergs, Badens und Heßens hatten, offenbar um eine gemeinsame Schlachtfrente zu verabreden.

Herabsetzung der Kartoffelration.

Erhöhung der Fleischration.

Berlin, 24. Jan. (W. B.) Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelreserven eine möglichst sparsame Wirtschaft erfordert, hat der Staatssekretär des Reichs Ernährungsamtes zur Streichung der vorhandenen Bestände angeordnet, daß vom 3. Februar ab die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf 5 Pfund herabgesetzt wird. Vom gleichen Zeitpunkt ab erfolgt die Senkung der täglichen Ration der Selbstversorger von 1½ Pfund auf 1 Pfund.

Die Reichskartoffelstelle ist angewiesen, das Nähere zu veranlassen. Um für die notwendig gewordene Einschränkung der Kartoffelversorgung einen Ausgleich zu schaffen, soll vom 3. Februar an die Wochenkopfmenge an Fleisch für die Versorgungsberechtigten um je 100 Gramm erhöht werden, so daß statt der bisherigen 100 Gramm in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern 200 Gramm, 150 Gramm in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 250 Gramm, und statt 200 Gramm in Gemeinden von 100 000 und mehr Einwohnern 300 Gramm auf den Kopf wöchentlich unter Wegfall der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen, abgesehen von den Zulagen für Bergarbeiter unter Tage, die bestehen bleiben, gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig ist die den Selbstversorgern zustehende Wochenmenge von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm erhöht.

Die Erwerbslosen-Fürsorge.

Einleitung von Zwangsmahnahmen.

Frankfurt a. M., 23. Jan. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung veröffentlicht eine wichtige Aenderung der Verordnung über die Erwerbslosen-Fürsorge, die am Tage der Verkündung, also heute, in Kraft tritt. Danach darf Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, in diesem Ort eine Unterstützung nicht länger als insgesamt vier Wochen gewährt werden, auch wenn ihnen eine geeignete Arbeit nicht hat nachgewiesen werden können. Die gleiche Beschränkung gilt für die vorläufig vorübergehende Unterstützung von Kriegsteilnehmern. (Bisher war die Unterstützung der Dauer noch nicht begrenzt.) Die Beschränkung tritt nicht ein, wenn Erwerbslose in dem Ort, an dem ihnen die Unterstützung zu entziehen wäre, mit ihrer Familie einen gemeinschaftlichen Hausstand vor Eintritt der Erwerbslosigkeit begründet haben und noch führen. Die Unterstützung ist ferner so lange nicht zu entziehen, als die Rückkehr an den früheren Wohnort tatsächlich unausführbar ist. (Diese Verpflichtung bestand für die Gemeinden bisher nicht, sondern man versuchte auf die Erwerbslosen nur einen gewissen moralischen Zwang zur Annahme einer angebotenen Stellung auszuüben.) Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, die Unterstützung zu verweigern oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs und Wohnortes liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Eine Weigerung tritt nur dann begründet werden, daß für die Arbeit nicht angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die Unterkunft fütlich bedenklich ist und daß Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird; für die Frage der Angemessenheit und Ortsüblichkeit des Lohnes ist im Zweifelsfalle das Gutachten des Demobilisierungsausschusses des Arbeitsortes maßgebend. Freie Fahrt zur Reise an den Beschäftigungsort ist von der Gemeinde des letzten Wohnortes aus Mitteln der Erwerbslosen-Fürsorge zu bewilligen. Ist bei Verheirateten die Mitnahme der Familie an den auswärtigen Beschäftigungsort nicht angängig, so kann die Gemeinde des letzten Wohnortes den zurückbleibenden Familienangehörigen während der Dauer des auswärtigen Arbeitsverhältnisses die Zuschläge zur Erwerbslosen-Unterstützung ganz oder teilweise gewähren. Diese Zuschläge an die Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer fallen abweichend von § 5 Absatz 1 der Erwerbslosen-Fürsorge des Aufenthaltsortes zur Last. Die Unterstützungen der Gemeinden und Gemeindeverbände dürfen nur für die sechs Wochentage gewährt werden und ohne Familienzuschlag weder das Unterhaltbede des Ortslohnes noch die für die einzelnen Orte nach Maßgabe ihrer Zugehörigkeit zu den Ortsklassen vorgeschriebenen Höchstätze übersteigen. Diese Höchstätze betragen nach der Ortsklassen-Abstufung für männliche Personen über 21 Jahre: 6, 5, 4 und 3,50 Mark; für weibliche Personen über 21 Jahre: 3,50, 3, 2,50 und 2,25 Mk.; für jüngere entsprechend weniger. Die Familienbezüge dürfen für Ehefrauen klassenweise 1,50 Mk., 1,50 Mk., 1,25 Mk. und 1 Mk., für Kinder entsprechend 1 Mk., 1 Mk., 1 Mk. und 0,75 Mark nicht übersteigen. Die Entziehung der Erwerbslosen-Unterstützung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eintreten. Höhere Unterstützungssätze, die bereits eingeführt sind, dürfen spätestens bis 1. April bewilligt werden.

Die Ausstände.

Essen, 23. Jan. (W. B.) Bei der heutigen Morgensicht sind die Belegschaften sämtlicher Zechen wieder angefahren.

Breslau, 23. Jan. Im obereschlesischen Kohlenbezirk streiten heute Donnerstag von 55 Gruben nur noch 35. Die Arbeitslage hat sich also erheblich gebessert, da gestern von 55 Gruben 49 streikten.

London, 23. Jan. (W. B.) Reuter. 150 000 Bergarbeiter in den Kohlengruben von Northshire legten heute wegen der Streitfrage über die Dauer des Arbeitstages die Arbeit nieder. Der Streik wird die Arbeit in den Fabriken, deren Kohlenvorräte nur gering sind, ernstlich

Ausgabe der Zettkarten und Lebensmittelfarten 2.

Die neuen Zettkarten und Lebensmittelfarten 2 werden nächste Woche im Lebensmittelbüro, Zimmer Nr. 1 an die Bezugsberechtigten ausgegeben.

Zettfahrberechtigte (alle Anhalter sowie die israelitischen Familien, welche rituelles Fett erhalten), erhalten keine Zettkarten.

Die Ausgabe der Karten erfolgt in folgender Reihenfolge:

Montag, den 27. Januar für Einwohner, welche ihre Lebensmittelfarten in der „Neuen Brücke“ holen, Bezirk I,

Dienstag, den 28. Januar für Einwohner, welche ihre Lebensmittelfarten im Lebensmittelbüro holen, Bezirk II,

Mittwoch, den 29. Januar für Einwohner, welche ihre Lebensmittelfarten im Stadtverordneten-Sitzungssaal holen, Bezirk III,

Donnerstag, den 30. Januar für Einwohner, welche ihre Lebensmittelfarten im Saalbau holen, Bezirk IV,

Freitag, den 31. Januar für Einwohner, welche ihre Lebensmittelfarten in der „Neuen Welt“ holen, Bezirk V.

Für Einwohner des Stadtbezirks Nordost werden die Karten im Bezirksvorsteherbüro ausgegeben.

Die Lebensmittelfarte I ist vorzulegen.

Die Brotzettelkarten für Schwerarbeiter werden von Montag bis Mittwoch ausgegeben.

Bad Homburg, den 24. Januar 1919.

Der Magistrat Der Arbeiterrat.
Lebensmittelversorgung.

Kurhaustheater Bad Homburg.

Montag, den 27. Januar 1919, abends 7 Uhr

10. Vorstellung im Abonnement A.

Gastspiel von Mitgliedern des Hanauer Stadttheater
(Direktion L. Spannuth-Bodenstedt.)

„Fuhrmann Henschel“

Schauspiel in 5 Akten von Gerhard Hauptmann.

Spielleitung: Felix Sturm.

Künstlerischer Beirat für die Gestaltung der Bühnenbilder:
Robert Neppach.

Gewöhnliche Eintrittspreise.

Militär Ermäßigung. Kasseneröffnung 6 Uhr. Vorverkauf auf dem Kurbüro. Anfang pünktlich 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Deutscher Christ!

Willst Du verzichten auf die heiligsten Güter unseres Volkes?
Auf ein lebensstarkes Christentum und auf die Erhaltung unserer christlichen Schulen?

Nimmermehr!

Darum wähle die

Deutsch-Nationale Volkspartei

Sie ist die einzige Partei,

die mit aller Entschiedenheit dafür eintritt.

Was hat die Sozialdemokratie bisher geschaffen? Einen Trümmerhaufen!

Deutsche Bürger und Bürgerinnen! Wollt Ihr dazu helfen, daß noch einmal deutsches Leben aus den Trümmern erwache?

Dann wählt die

Deutsch-Nationale Volkspartei!

Kriegerveteranen, Kriegsbeschädigte!

Eure Renten sind durch den drohenden Staatsbankrott in Gefahr! Wenn weiter so ohne Vernunft und Kontrolle gewirtschaftet wird, steht Ihr vor dem Nichts! Darum macht ein Ende mit der unglaublichen Mißwirtschaft und wählt die

Deutsch-Nationale Volkspartei!

Deutsche Beamte!

Nach Erklärung der revolutionären Führer kommen später für Beamtenstellen nur zielbewusste, lang erprobte Genossen in

**Schart Euch wieder um das alte sieggewohnte Banner
„Schwarz-Weiss-Rot“**

und wählt die

Deutsch-Nationale Volkspartei

deren Liste beginnt **Dr. Karl Ritter**, Pfarrer, Niederzwehren.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden und der überaus großen Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben guten Mannes, unseres guten Vaters

Valentin Gerecht, Briefträger

insbesondere dem Herrn Postdirektor, den Beamten und Beamtinnen, den Kollegen und Kolleginnen, dem Kriegerverein, auch für die vielen Kranzspenden sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Lina Gerecht Wwe. und Kinder.

Allgem. Ortskrankenkasse

Bad Homburg v. d. Höhe.

Unsere **Zahnklinik** ist geöffnet:

Montag bis Freitag von 8—1 und 2—4 Uhr

Samstags von 8—1 Uhr.

Sonntags für eilige Fälle von 9—10 Uhr.

Zur Vermeidung langer Wartezeiten empfiehlt es sich dringend, dass die Mitglieder bei erstmaliger Inanspruchnahme der Klinik möglichst die Stunden von 11—12 Uhr benützen.

Bad Homburg, 23. Januar 1919.

Der Vorstand.

Blenkner.

Ein verheirateter selbstständiger

Gärtner

sucht **Stelle** in Herrschaftsgärtnerei. Sehr gute Zeugnisse stehen zu Diensten. Gefl. Offert. unter **J. S. 36** an die Geschäftsstelle.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienstordnung in der Marienkirche
Gottesdienstordnung vom 26. Januar bis 1. Februar.

3. Sonntag nach Epiphanie.

6 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte.

6¹/₂, 9¹/₂ u. 11¹/₂ Uhr hl. Messe.

8 Uhr Hochamt.

4 Uhr Andacht.

An Wochentagen 6¹/₂ und 7 Uhr Aus-
teilung der hl. Kommunion 7¹/₂ Uhr hl. Messe.

Montag 8 Uhr Gesellenverein.

Mittwoch und Freitag 8 Uhr Andacht in
allgem. Not.

Samstag 8 Uhr Salveandacht.

Frage! Wollt Ihr warten, bis Ihr und die Euren auf die Strafe gesetzt werden?

Schließt Euch der Partei an,

die eintritt für: Sicherung der Gehalts- und Pensionsansprüche aller Beamten, Pensionäre und ihrer Hinterbliebenen, den Ausbau des Beamtenrechts in neuzeitlichem Sinne und das Koalitionsrecht für Beamte.

Wählt die

Deutsch-Nationale Volkspartei!

Handwerker u. Kleingewerbetreibende!

Wollt Ihr Eure wirtschaftliche Selbstständigkeit durch Warenhäuser und jüdisches Großkapital ruinieren lassen? Wollt Ihr Euch Eure Rohstoffe weiter durch Kriegsgesellschaften oder ähnliche Einrichtungen zuteilen lassen?

Eure Vertreter haben auf dem Handwerkertag in Weimar mit erdrückender Mehrheit abgelehnt, sich der Deutschen Demokratischen Partei anzuschließen.

Darum gebt Euren Stimmzettel der

Deutsch-Nationalen Volkspartei!

Deutsche Männer, deutsche Frauen!

Euer Deutschtum ist in Gefahr! Besinnt Euch auf Euch selbst! Sollen unsere Kinder und Enkel nie wieder singen können:

O Deutschland hoch in Ehren!

Große Mobiliar- : Versteigerung :

Im Auftrage versteigere ich **Dienstag, den 28. Januar 1919**, um 1 Uhr anfangend, **Kaiser Friedrich-Promenade Nr. 74 (Villa Roslin)** nachfolgende Gegenstände:

Einzelmöbeln:

Betten, Nachtschränke, Kinderbettstellen, Kleiderschränke, Komoden, Wäscheschränke, Bilder, Teppiche, Spiegel, Sophas, Stühle, Sessel, Tische, 1 Sekretär, 1 Regal, 2 Vertikale, 3 Deisen, 2 Herde, 5 große Kisten.

Kücheneinrichtung:

2 Küchenschränke, 2 Tische, 2 Stühle, Ablauf, Glas u. Porzellan.

Gartenmöbeln:

Tische und Stühle, Gartengeräte und viele andere Gegenstände.

Besichtigung 1 Stunde vor Beginn der Versteigerung.

Bad Homburg, den 25. Januar 1919.
Dorotheenstraße 35
(Telefon 772).

August Herget,
beid. Taxator & Auktionator.

Buchen-Brennholz.

In den nächsten Tagen erhalten wir mehrere Waggon **prima Buchenholz**, Ofenlänge geschnitten. **Preis pro Zentner frei Haus 5 M., ab Bahnhof 4.50 M.** Es ist trockenes reines Buchenholz. Bestellungen nimmt entgegen:

W. Wiegand & Co., Gonzenheim,
Schulbreit 5. Telefon Nr. 786.

Sämereien

Aufträge von Sämereien aus der
Samenhandlung von J. W. Wunderlich
nehmen wir jetzt schon entgegen

Menges u. Mulder

Bei den geringen Vorräten empfiehlt
es sich, sehr bald zu bestellen.

Preisliste zu Diensten.

Gebr. Denfeld

empfehlen sich zum Schneiden von

Brennholz

mit einer fahrbaren Holzschnidemaschine.

Bestellungen werden angenommen

Tel. Nr. 262.

Dornholzhausen Hauptstraße 22. Kirdorf Stedterweg 12.

Gesucht auf sofort bezw. 1. März Wohnung

von 5—6 Zimmern mit nötigem Zubehör. Offert.
unter **M. U.** an die Geschäftsstelle des Blattes.

Geschäftseröffnung & Empfehlung.

Hierdurch der verehrl. Einwohnerschaft von **Bad Homburg und Umgegend** zur Kenntnis, dass ich in dem Hause **Elisabethenstrasse 34** eine

Spezial-Reparaturwerkstätte
für Nähmaschinen, Fahrräder, Schreib- u. Büromaschinen, Musikwerke, Registriermaschinen, Automobile und Motorräder aller Systeme und Fabrikate eröffnet habe.

Durch langjährige Tätigkeit in den ersten Geschäften bin ich in der Lage, erstklassige Arbeit zu liefern und wird es mein eifrigstes Bestreben sein, allen an mich gestellten Anforderungen bei billigster Berechnung gerecht zu werden.

Hoehachtungsvoll

Theodor Höhn, Mechaniker.

NB. **Bestellungen** werden auch in meiner **Wohnung Kirdorferstrasse 28 I.**, entgegengenommen.

Nabe in **Bad Homburg** ein

Vermessungsbüro

eröffnet. Aufträge zu Grundstücksteilungen, Grenzfeststellungen, Nivellements, Erdmassenberechnungen usw. werden entgegengenommen.

Seckvandt, vereid. Landmesser u. Kult. Ing.

Kaiserstraße 86 II.

Kerdinandsstraße 23.

Nach der Mitteilung des „**Reichs-Anzeigers**“
errang am 19. Januar

die **deutsche Demokratische Partei**
5,552,936 Stimmen

das sind **184,000 Stimmen** mehr als das organisatiousgewaltige **Zentrum**, **doppelt soviel** als die konservativen **Deutschnationalen** und **fünffmal soviel** als die **nationalliberale Volkspartei**.

Siegreich hat die große Masse der deutschen bürgerlichen Wähler damit bezeugt, daß sie trotz aller Gegenagitation von Rechts und Links

bei der **deutschen Demokratischen Partei** den politischen und sozialen Forderungen der Gegenwart, wie die alten ewigen Ideale des Geistes, des Herzens, des religiösen Empfindens

treu und sicher gewahrt weiß.

Und, wer sie weiter gewahrt wissen will, der wählt darum morgen am **26. Januar** wiederum die

Liste der deutschen Demokr. Partei
beginnend mit **Martin Rade, Dr. theol.,**
Pfarrer a. D. Universitätsprofessor.

Privatsicherheits - Wachdienst.

Der hiesigen Einwohnerschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich in hiesiger Stadt an Stelle der früheren Wach- u. Schließgesellschaft einen

Sicherheits-Wachdienst

vom 15. 1. 19. für Private errichtet habe.

Schriftliche Anmeldungen sind zu richten an

Philipp Wilhelm
Thomasstraße 10.

Lehrling

mit guten Schulzeugnissen für unsere
Buchdruckerei gesucht

Kreisblatt - Verlag.

Lehrling oder Lehrlingmädchen

per 1. April oder früher gesucht.
E. Staudt's Buch- u. Papierhdlg.